



# DPoIG

DEUTSCHE POLIZEIGEWERKSCHAFT  
im DBB

# 5

Mai 2017 / 51. Jahrgang

# POLIZEISPIEGEL



## Nachwuchs macht Zukunft

Seite 10 <

Bundesjugend-  
kongress der  
JUNGEN POLIZEI

Seite 18 <

Fachteil:

- Verfolgung von Verkehrsverstößen von Nichtinländern
- Trunkenheitsfahrt mal anders: Segway und E-Bikes



# Landesvorsitzender informiert zu den geplanten Dienstrechtsänderungen – Kritik an Höhe der Sonderzahlung

Die inhalts- und vor allem wieder zeitgleiche Übertragung des Tarifiergebnisses auf die Beamten und die Wiedereinführung der Sonderzahlung bewertet Wolfgang Ladebeck, dbb und DPoIG-Landesvorsitzender, als wichtiges Signal der Wertschätzung der Arbeit der Staatsdiener. „Zur inhalts-gleichen Übertragung des Tarifiergebnisses auf die Beamten gehört aber auch eine Bonusregelung für die strukturellen Verbesserungen in der Entgelttabelle der Beschäftigten (Stufe 6 ab Entgeltgruppe 9)“, sagte Ladebeck.

Kritik übte Wolfgang Ladebeck an der Höhe der Sonderzahlung. „Von einer 6-Prozent-Regelung steht nichts im Koalitionsvertrag. Davon profitieren in erster Linie Minister, Staatssekretäre, Abteilungsleiter und Chefs großer Behörden, also Beamte mit B-Besoldung, während die Mehrheit der Beamtinnen und Beamten mit mageren 400 beziehungsweise 600 Euro abgespeist werden sollen. Das

werden wir nicht akzeptieren“, so der Landesvorsitzende. Die Anhebung der besonderen Altersgrenzen für Beamte im Polizei- und Justizvollzugsdienst sowie im Einsatzdienst der Feuerwehren bis zur Besoldungsgruppe A 11 auf 61 Jahre und ab Besoldungsgruppe A 12 auf 62 Jahre ist für den Landeschef „Unsinn“. Hier müssten die Altersgrenzen statt an den Besoldungsgruppen an den besonderen Belastungen des Wechsel- und Schichtdienstes festgemacht werden. Deshalb schlägt der Landesvorsitzende vor, die besondere Altersgrenze unabhängig von der Besoldungsgruppe auf 62 Jahre festzulegen und um jeweils einen Monat pro Jahr geleisteten Wechsel- und Schichtdienst bis zum maximalen 60. Lebensjahr abzusenken.

Die Landesregierung hat am 28. März 2017 ein Artikelgesetz auf den Weg gebracht, mit dem das Tarifiergebnis vom 17. Februar 2017 zeit- und inhalts-gleich auf die Beamten

und Versorgungsempfänger übertragen werden soll. Geplant ist eine Erhöhung der Bezüge um 2,0 Prozent rückwirkend zum 1. Januar 2017 und um 2,35 Prozent zum 1. Januar 2018. Die Grundgehaltssätze werden im Januar 2017 mindestens um 75 Euro erhöht. Anwärter und Referendare erhalten monatlich 35 Euro jeweils zum 1. Januar 2017 und 1. Januar 2018 mehr. Zudem soll es in diesem Jahr wieder eine Jahressonderzahlung geben. Die war 2005 weitgehend abgeschafft worden. Die Sonderzahlung soll ab 2017 6 Prozent des Grundgehalts betragen. Es werden jedoch mindestens 600 Euro für die Beamten der Besoldungsgruppen A 4 bis A 8, mindestens 400 Euro für die übrigen Besoldungsempfänger sowie mindestens 200 Euro für die Versorgungsempfänger gewährt. Die Anwärter und Referendare erhalten eine Sonderzahlung in Höhe von 200 Euro. Entsprechend dem Koalitionsvertrag soll die Regelaltersgrenze der



Wolfgang Ladebeck

Beamten schrittweise auf das 67. Lebensjahr angehoben werden. Bei Beamten mit einer besonderen Altersgrenze erfolgt ebenfalls eine Anhebung ab dem kommenden Jahr von 60 Jahren auf 61 beziehungsweise 62 Jahre. Außerdem wird das Modell der Familienpflegezeit, in einer Pflegephase finanziell gefördert zu werden und diese Förderung im Anschluss daran wieder zurückzuführen, systemgerecht auf die Beamten übertragen. Im Rahmen seiner Fürsorge soll der Dienstherr künftig Beamte mit einem Anspruch gegen einen Dritten auf Schmerzensgeld unterstützen, indem er den Schmerzensgeldanspruch erfüllt, wenn der Beamte diesen nicht erfolgreich durchsetzen konnte. ■

## Impressum:

Redaktion:  
Gregor Henschke (v. i. S. d. P.)  
polizeispiegel@dpolg-lsa.de  
Tel./Fax: 039206.53948  
Mobil: 0177.5011249

Landesgeschäftsstelle:  
Deutsche Polizeigewerkschaft  
im dbb – Landesverband  
Sachsen-Anhalt e. V.  
Schleifufer 12  
39104 Magdeburg  
Tel. 0391.5067492  
Fax 0391.5067493  
www.dpolg-lsa.de  
info@dpolg-lsa.de  
ISSN 0945-0521

## DPoIG-Landeshauptvorstandssitzung



Wolfgang Ladebeck berichtet über die aktuelle gewerkschaftliche Lage.

Die 5. Landeshauptvorstandssitzung (LHV) fand am 28. März 2017 in der DPoIG-Landesgeschäftsstelle in Magdeburg statt. Der Landesvorsitzende Wolfgang Ladebeck begrüßte die Mitglieder des Landesvorstandes und die Verantwortlichen aus allen DPoIG-Kreisverbänden Sachsen-Anhalts und kündigte als besonderen Ehrengast unseren DPoIG-Bundesvorsitzenden Rainer Wendt an. Der Bundesvorsitzende wird im Rahmen der Basis-

arbeit in der nächsten Zeit wieder alle Landesverbände besuchen und fängt in unserem Landesverband an.

Nach einer Gedenkminute an den im Berichtszeitraum verstorbenen stellvertretenden Rechnungsprüfer Martin Schwerin berichtete der DPoIG-Landesvorsitzende Wolfgang Ladebeck dem Gremium in gewohnter Weise umfassend über die aktuelle Polizei- und gewerkschaftliche Lage. Dabei beleuchtete er folgende Themenschwerpunkte:

- > amtsangemessene und altersdiskriminierende Besoldung;
- > Ergebnisse der Tarifrunde 2017 und die Übertragung auf Beamte;
- > Wahrung von Ansprüchen aus Verpflegungsgeld und andere Zuschläge nach § 8 AAÜG;
- > Neueinstellungen in der Fachhochschule Polizei im Frühjahr 2017;
- > „Polizeistruktur 2020“.

Der Beschlussvorlage zur Entsendung der Delegierten aus unserem Landesverband für den 7. Gewerkschaftstag des dbb sachsen-anhalt am 25. und 26. April 2017 in Wernigerode folgte das Gremium. Anja Ackermann, Gregor Henschke, Stefan Perlbach, Günther Hünecke, Kerstin Koch, Patrick Kolb, Olaf Sendel, Patrick Paarman und Karl-Heinz Zeising werden für die DPoIG als Dele-



Der Bundesvorsitzende Rainer Wendt stellt sich den Fragen der Basis.



gierte am Gewerkschaftstag teilnehmen.

Der Landesvorsitzende erläuterte die Notwendigkeit der Bildung einer Seniorenvertretung auf Grundlage der Beschlussvorlage des Landesvorstandes. Karl-Heinz Zeising erklärte dazu die Hintergründe und trug verschiedenen Lösungsansätze vor. Nach erfolgter Diskussion wurde die Beschlussvorlage zur Bildung einer Seniorenvertretung einstimmig angenommen. Kollege Zeising wurde gebeten, die weitere Koordinierung zu übernehmen, insbesondere für die Gewinnung weiterer Pensionä-

re und Rentner/-innen für diese interessante und anspruchsvolle Aufgabe.

Zum Thema Finanzen stellte der stellvertretende Landesvorsitzende/Schatzmeister Günther Hünecke ausführlich den Haushaltsabschluss 2016 der DPoIG LSA vor. Dabei ging er unter anderem auf die einzelnen Kategorien des Haushaltsplanes ein. Der Landesverband ist insgesamt finanziell solide aufgestellt und verfügt über einen ausgeglichenen Finanzhaushalt. Rücklagen wurden verantwortungsvoll gebildet und entsprechen der Beschlusslage. Die

Rechnungsprüfer Beate Müller und Thomas Friebe bestätigten nach vorangegangener eingehender Prüfung den ordnungsgemäßen Haushalt 2016. Der LHV stimmte dem Haushaltsbeschluss 2016 zu und entlastete durch Beschluss den Landesvorstand einstimmig.

Anschließend erfolgte die Nachwahl eines stellvertretenden Rechnungsprüfers. Monique Sroka (KV BAB/SVÜ) wurde vorgeschlagen und gewählt. Nach der Mittagspause fand die Gesprächsrunde mit dem DPoIG-Bundesvorsitzenden Rainer Wendt statt. Der Bundesvorsitzende berichtete über die aktuelle gewerkschaftliche Arbeit auf Bundesebene und dankte dem Landesverband für seine sehr aktive Basisarbeit. Dabei hob er hervor, dass der DPoIG Landesverband Sachsen-Anhalt ein fester und verlässlicher Bestandteil in der Bundesorganisation ist. Weiterhin ging Rainer Wendt auf die derzeitige sehr hohe Arbeitsbelastung in der Polizei ein, die durch stark anhaltenden Stellenabbau, Flüchtlingskrise, Terrorgefahr und der Absicherung von Großereignissen wie den OSZE-, G20-Gipfel oder den Deutsch Evangelischen Kirchentag.

Im Anschluss diskutierten die Teilnehmer mit dem Bundesvorsitzenden in angenehmer Atmosphäre über gewerkschaftliche Themen.

*Der Landesvorstand*



Beim jüngsten Seminar der DPoIG-Bundesfrauenvertretung in Königswinter Mitte März 2017 wurde beschlossen, eine Fachkonferenz zu veranstalten. Sie soll vom 12. bis 14. November 2017 in Magdeburg stattfinden. Der stellvertretende DPoIG-Bundesvorsitzende und Landesvorsitzende Wolfgang Ladebeck und die DPoIG-Landesfrauenvertreterin unseres Landesverbandes, Anja Ackermann, werden die Konferenz vorbereiten. Es sind dafür drei Themenschwerpunkte geplant:

1. Arbeitsmodelle in den Polizeibehörden/Flexibilisierung der Arbeitszeit
2. Karriere trotz Familie
3. Mobile Arbeit: Jederzeit arbeiten dürfen – oder müssen?

## SPD-Werkstattgespräch

# Unser Land braucht ein modernes Personalvertretungsgesetz

SPD und dbb sind sich einig: Sachsen-Anhalt braucht ein modernes Personalvertretungsgesetz. Das war das Fazit eines Werkstattgespräches am 31. März 2017 zur Novellierung des Landespersonalvertretungsgesetzes, zu dem die SPD-Landtagsfraktion rund 50 Personalräte und Gewerkschafter nach Magdeburg eingeladen hatte. Unter den Teilnehmern waren auch zahlreiche Personalräte aus den dbb Gewerkschaften. Der dbb begrüßt die SPD-Initiative unter Federführung der Fraktionsvorsitzenden Katja Pähle und des Parlamentarischen Geschäftsführers Rüdiger Erben.

„In der letzten Legislaturperiode war die Modernisierung des Personalvertretungsgesetzes vor allem am Veto der CDU gescheitert. Unsere Forderungen nach mehr Mitgliedern in den Personalräten und mehr Freistellungen hatte die CDU damals abgelehnt. Die CDU sollte endlich die Zeichen der Zeit erkennen und ihre Blockadehaltung aufgeben. Wir erwarten, dass die CDU gemeinsam mit ihren Koalitionspartnern die konkreten Ziele im Koalitionsvertrag zur Modernisierung des Personalvertretungsgesetzes in dieser Legislaturperiode auch umsetzt“, sagte dbb und DPolG-Landesvorsitzender Wolfgang Ladebeck.

Die Positionen des dbb und der DPolG für ein modernes Personalvertretungsgesetz sehen wie folgt aus: Der Personalrat in Dienststellen ab

1001 Beschäftigten muss zukünftig aus mehr als 13 Mitgliedern bestehen, da der Arbeitsaufwand in großen Dienststellen signifikant höher ist. Die Gesetzesnovelle muss mehr sein als nur die Umsetzung der Rechtsprechung. Die Mitbestimmung müsse gestärkt und die Arbeitsbedingungen für die Personalräte verbessert werden.

Eine Hauptforderung ist auch die Wiedereinführung des Gruppenprinzips bei der Vorstandsbildung. Auch bei der Wahl des Vorstandes muss der Wählerwille zum Ausdruck kommen, in dem alle im Personalrat vertretenen Gruppen chancenreich berücksichtigt werden.

Der dbb und die DPolG fordern weiterhin die Ausweitung der Mitbestimmungstatbestände. Anders als im Bund und in den meisten anderen Ländern kennt das Personalvertretungsgesetz Sachsen-Anhalt zum Beispiel keine Beteiligung bei der Einleitung eines förmlichen Disziplinarverfahrens gegen einen Beamten. Mit dem Inkrafttreten des Landesbesoldungsgesetzes zum 1. April 2011 wurde mit der Umstellung der Dienstaltersstufen auf Erfahrungsstufen die Leistungsstufe ein-

geführt, aber auch die Möglichkeit des Verbleibens in einer Erfahrungsstufe. „In Angelegenheiten der Beamten muss zum Beispiel die Bewilligung einer Leistungsstufe oder das Verbleiben in einer Erfahrungsstufe in Zukunft mitbestimmungspflichtig sein, genauso wie das Hinausschieben oder das Versagen des Hinausschiebens des Eintritts in den Ruhestand wegen Erreichens der Altersgrenze“, so Ladebeck. Außerdem seien die Beteiligungsrechte des Personalrates an bestehende arbeits- und datenschutzrechtliche Regelungen anzu-

passen. Für den dbb und die DPolG ist die derzeitige Reisekostenregelung für Personalratsmitglieder nicht akzeptabel. Sie erhalten für Reisen mit dem Privatkraftwagen nur die sogenannte „kleine Wegstreckenentschädigung“ (20 Cent). Für die „große Wegstreckenentschädigung“ (35 Cent) muss ein erhebliches dienstliches Interesse bestehen. „Wir fordern, dass in Bezug auf die Reisekostenvergütung die Voraussetzung des erheblichen dienstlichen Interesses als erfüllt gilt“, machte Ladebeck deutlich. ■



# 20. Europäischer Polizeikongress tagte in Berlin

Der Europäische Polizeikongress begann am 21. und 22. Februar 2017 seinen runden Geburtstag. Zum mittlerweile 20. Mal fand er im Berlin Congress Center (bcc) am Alexanderplatz statt. In diesem Jahr stand der Polizeikongress – nicht zuletzt aufgrund des Flüchtlingszustroms und der latenten Terrorgefahr – unter dem Motto „Europa grenzenlos? Freiheit, Mobilität, Sicherheit“. Mit seinem zweitägigen Hauptprogramm und über 20 Fachforen ist dieser Kongress mit den etwa 1 700 Teilnehmern aus dem In- und Ausland Europas führende Kongressmesse zum Thema Innere Sicherheit.

Wie in den Vorjahren auch, fanden parallel zum Hauptprogramm des zweiten Kongress-tages ein Anwenderforum für Angehörige der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) statt. Die Vorträge der Veranstaltung

befassten sich mit der All-IP-Transformation im Bereich des Digitalfunks und der Zukunft der mobilen Breitbandkommunikation.

Im besonderen Blickpunkt des Kongresses stand die anhaltend angespannte Sicherheitslage, die auch im Jahr 2017 nicht an Dynamik und Brisanz verliert. Terrorismus, Brandanschläge auf Flüchtlingsunterkünfte, linksextremistische Gewalt, Eigentumsdelikte und Cyber Crime – all diese Bedrohungslagen haben gemeinsam, dass diese nicht an staatlichen Grenzen haltmachen oder durch ein verändertes Grenzregime Verstärkung erfahren. Um diesen Phänomenen stringenter entgegenwirken zu können, ist eine intensivere Kooperation nicht nur der EU-Mitgliedstaaten unerlässlich.

Neben vielen Teilnehmern der Polizeien, Sicherheits- und Firmenvertretern war auch die



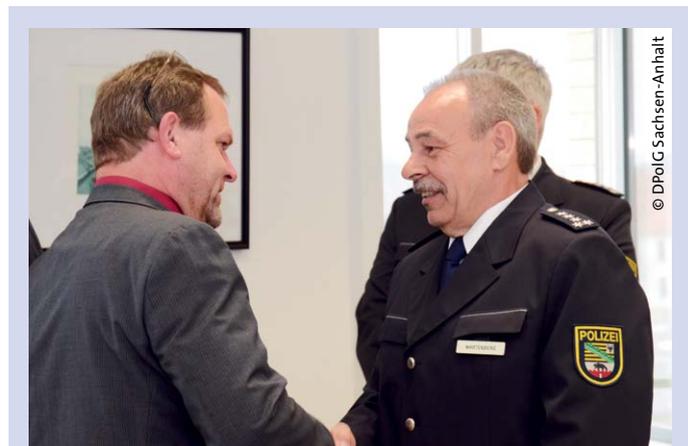
> Innenminister Holger Stahlknecht (Bild Mitte) am DPoIG Stand



> Polizeidirektor a. D. Wulf Hoffmann ist als Verkehrssicherheitsexperte der DPoIG immer mit dabei.



> Rektor der FH Pol Sachsen-Anhalt, Frank Knöppler (links), im Gespräch mit Stefan Perlbach



© DPoIG Sachsen-Anhalt

> Am 30. März 2017 wurde das langjährige DPoIG-Mitglied Dieter Wartenberg (rechts) in den Ruhestand verabschiedet. Der stellvertretende Landesvorsitzende Stefan Perlbach überbrachte die herzlichsten Glückwünsche des Landesverbandes. Auf diesem Wege wünscht der Landesvorstand nochmals alles Gute, Gesundheit sowie Schaffenskraft für den neuen Lebensabschnitt.

DPoIG mit einem eigenen Informationsstand präsent. Wie bereits auch in vorherigen Jahren unterstützte der stellver-

tretende Landesvorsitzende Stefan Perlbach das Standbetriebsmanagement der DPoIG-Bundesgeschäftsstelle.

### > Gratulation

**Wir gratulieren allen im Mai geborenen Mitgliedern zu ihrem Geburtstag und wünschen Gesundheit, viel Glück und alles erdenklich Gute.**

*Der Landesvorstand*